



12 SCHRITTE GEGEN KLIMAWANDEL UND FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

Der Klimawandel ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Umweltkrise, sondern auch um eine der globalen Gerechtigkeit und unseres Wirtschaftssystems. Die fortschreitende Erderwärmung hat ihre Ursachen in der Industrialisierung, dem ungebremsen Ressourcenverbrauch und dem vom Menschen gemachten Treibhausgasausstoß [1].

Die Klimakrise ist schon jetzt Realität, sie bedroht das Leben und die Existenzgrundlagen von Milliarden von Menschen sowie das Überleben unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Dürreperioden, Stürme und Hagel sind auch zunehmend in Österreich spürbar, wo die Durchschnittstemperatur seit 1880 um fast 2 °C angestiegen ist. Wenn wir nicht jetzt angemessene Maßnahmen ergreifen, die an den Ursachen ansetzen, ist bis 2100 weltweit ein zusätzlicher Anstieg von 3 bis 5 °C zu erwarten [2].

Dieses Jahr werden bei mehreren internationalen Verhandlungen, insbesondere auf der UN-Klimakonferenz COP 21, wichtige Entscheidungen für die Zukunft unseres Planeten getroffen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Vorschläge und geplanten Strategien unangemessen sind und in die falsche Richtung gehen. Es wird immer deutlicher, wie sehr Interessen multinationaler Konzerne und des Finanzsektors die Verhandlungen beeinflussen. Viele der diskutierten Lösungsstrategien lenken von den Ursachen des Klimawandels ab und führen sogar zu größerer Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

Wir als kritische österreichische Zivilgesellschaft sind Teil einer weltweit wachsenden Bewegung, die sich gegen falsche Lösungen stellt. Gemeinsam rufen wir unter dem Motto „System Change, not Climate Change!“ dazu auf, Lösungen, welche die Krise an den Wurzeln anpacken, zu entwickeln und umzusetzen.

WAS ES BRAUCHT:



VERBINDLICHE ZIELSETZUNGEN: Um die Erderwärmung auf höchstens 2 °C zu beschränken, braucht es dringend verbindliche und sanktionierbare Regelungen sowie klar definierte Grenzwerte für den Treibhausgasausstoß – und keine freiwilligen Versprechen [3].



ERNEUERBARE ENERGIE UND ENERGIEDEMOKRATIE: Es braucht einen schnellen Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen. Die Energieproduktion muss vorwiegend dezentral sowie öffentlich oder genossenschaftlich organisiert sein und die Mitbestimmung bzw. Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Eine sozial gerechte Energiewende umfasst den Zugang zu leistbarer Energie für alle sowie eine substantielle Reduktion unseres Energiekonsums. Das ist nur durch eine Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise möglich.



REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE: Es braucht eine Wirtschaft der kurzen Wege und einen Umstieg von der Wegwerf- zur Reparaturgesellschaft. Um das zu erreichen treten wir für die Förderung einer möglichst lokalen Erzeugung, Verteilung und Konsumtion von Produkten und Dienstleistungen ein, die sich an den Grundbedürfnissen der Menschen orientieren. Jene Güter und Dienstleistungen, die lokal produziert und konsumiert werden können, sollen auch lokal hergestellt werden.

Jene Güter, die aus Effizienzgründen größere Unternehmenseinheiten erfordern (z. B. die Herstellung von Eisenbahnen oder Schienen), sollen auf kontinental-regionaler Ebene produziert werden. Ein Teil von Gütern und Dienstleistungen wird auch weiterhin global gehandelt werden, basierend auf den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität. Handels- und Investitionsabkommen sind dahingehend zu ändern.

4.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT: Nahrung ist ein Menschenrecht. Es sollen jene Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren im Zentrum stehen, nicht die Agrarkonzerne und Supermärkte. Deshalb braucht es den Umbau des industrialisierten, exportorientierten Agrarsystems hin zu einer kleinstrukturierten, agrarökologischen und sozial gerechten Landwirtschaft. Ressourcenintensive und umweltschädliche Produktionsformen von tierischen Lebensmitteln müssen enden, damit Treibhausgasemissionen vermindert und zusätzliche Agrarflächen und Produktionsmittel für die Herstellung biologischer und gesunder Nahrung frei werden. Für den verbleibenden Fleischkonsum sind regionale Produktion, Fütterung mit regionalen Futtermitteln, höchste Tierhaltungsstandards und eine biologische Produktionsweise umzusetzen.

5.

ÖFFENTLICHER UND UMWELTSCHONENDER VERKEHR: Wir benötigen eine umweltschonende und leistbare Mobilität. Dazu gehören ein gut ausgebauter und attraktiver öffentlicher Verkehr, die Förderung von Fahrrad- und Fußwegeninfrastruktur sowie die stärkere Besteuerung der auf fossilen Energieträgern beruhenden Transportmittel (wie z. B. Flüge).

6.

COMMONS ZURÜCKEROBERN – GEMEINSAM NUTZEN, WAS UNS ALLEN GEHÖRT: Wir setzen uns für Gesellschaftssysteme ein, in denen wir lebensnotwendige Dinge als Gemeingüter teilen und gemeinsam über deren Nutzung entscheiden. Wasser, Saatgut, Land, Wälder, Seen, Rohstoffe, Luft, Wissen u. ä. sind als Gemeingüter zu behandeln. Diese, ebenso wie öffentliche Dienstleistungen, müssen wir vor Privatisierung schützen.

7.

ARBEIT, ZEIT, EINKOMMEN UND VERMÖGEN UMVERTEILEN: Kern einer sozial gerechten Antwort auf die Klimakrise muss eine radikale Umverteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen und Vermögen sein. Die Umverteilung und Neudefinition von Arbeit ermöglicht die Verringerung von Arbeitslosigkeit und schafft mehr Zeit für Erholung, Sorge- und Gemeinwesenarbeit. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine wichtige Basis für die Sicherung der Existenz aller. Arbeit muss an die Herstellung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen geknüpft werden. Statt in umweltschädlichen Bereichen müssen neue Arbeitsplätze in Sektoren einer klimafreundlichen Wirtschaft geschaffen werden (z. B. agrarökologische Landwirtschaft, Recycling, Gebäudesanierung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, Pflege und Bildung).

8.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT: Um den Klimawandel zu bekämpfen und die Folgen der Umweltschäden abzufedern, bedarf es zusätzlich der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel. Die industrialisierten Länder – und damit die historischen Verursacher des Klimawandels – müssen endlich die versprochenen Entschädigungszahlungen an stärker von der Klimakrise betroffene Regionen leisten.

Es braucht Gesellschaftssysteme, in denen das „gute Leben für alle“ im Zentrum steht und nicht die Profite weniger. Ein „gutes Leben für alle“ umfasst die Gerechtigkeit zwischen allen Menschen verschiedener Geschlechter, Herkunft, Hautfarben, Religionen und sexueller Orientierungen - jetzt und für zukünftige Generationen.

WAS ES ZU VERHINDERN GILT:

Wir stellen uns gegen Antworten auf die Klimakrise, welche deren Ursachen unangetastet lassen und die Probleme nur weiter verschärfen. Bei den Wurzeln der Klimakrise anzusetzen heißt, die derzeit vorherrschende kapitalistische Produktions- und Lebensweise, die auf der Ausbeutung von Menschen und Natur, auf unendlichem Profit- und Wachstumsstreben sowie auf Konkurrenz beruht, zu überwinden. Diese Lebensweise ignoriert die physischen Grenzen unserer Erde. Eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich die Klimakrise nicht weiter verschärft, ist die Transformation unseres Wirtschaftssystems. Wir stellen uns daher gegen Lösungsvorschläge, welche dieses Wirtschaftssystem und seine Logiken vorantreiben.

9. **KEIN „WEITER WIE BISHER“:** Wir treten gegen das Paradigma des unbegrenzten Wirtschaftswachstums und gegen ein Wirtschaftssystem, das auf fossilen Brennstoffen beruht, ein. Es gilt zu verhindern, dass der Abbau fossiler Energieträger weiter forciert wird. Nur so kann der weiteren Erderwärmung über das 2-Grad-Ziel hinaus Einhalt geboten werden. Ebenso stellen wir uns gegen Mega-Infrastrukturprojekte wie z. B. große Staudämme, Flughäfen, Autobahnen und die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung.

10. **NEIN ZUR „GREEN ECONOMY“:** Es gilt jene Vorschläge zu verhindern, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem lediglich einen „grünen“ Anstrich verpassen oder vorgeben, mit marktbasierenden und großteils freiwilligen Instrumenten das Klima retten zu können. Dazu zählen unter anderem der Emissionshandel und der CDM (Clean Development Mechanism) sowie Biodiversitäts-Offsetting - allesamt Instrumente, mit denen sich Unternehmen von ihrer Verantwortung für Emissionsausstoß und Naturzerstörung „freikaufen“ können. Dazu zählen auch Instrumente wie REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation), Climate Smart Agriculture oder Blue Carbon. Sie alle schaffen neue Profitmöglichkeiten für Konzerne und Finanzmärkte und verschärfen letztlich die Klimakrise. Wir stellen uns gegen die Finanzialisierung der Natur und Maßnahmen, welche die weltweite Dynamik des Land Grabbing verstärken. Zudem sind allein freiwillige, unverbindliche Standards unzureichend, um den tatsächlichen Problemen zu begegnen [4].

11. **KEINE FALSCHHE HOFFNUNG AUF REIN TECHNOLOGISCHE LÖSUNGEN:** Neue Technologien können und werden Teil der Antworten auf den Klimawandel sein. Doch die Klimakrise wird sich nicht hauptsächlich technologisch lösen lassen. Auch darüber muss demokratisch entschieden werden, um das Vorantreiben höchst problematischer Technologien wie Geo-Engineering, Gentechnik, Agrartreibstoffe, synthetische Biologie, Atomenergie oder Carbon Capture and Storage zu verhindern [5].

12. **FREIHANDEL EINGRENZEN STATT AUSWEITEN:** Das gegenwärtige Freihandels- und Investitionsregime befördert ebenfalls die Klimakrise. TTIP, CETA, TISA und die vielen anderen derzeit verhandelten Abkommen schaffen vor allem für global agierende Konzerne mehr Rechte, führen zu vermehrtem Warenverkehr über große Distanzen und bergen die Gefahr des Abbaus von Umwelt- und Sozialstandards. Deshalb ist der Widerstand gegen diese Abkommen zugleich effektiver Klimaschutz.

Wir laden alle Akteure in der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft ein und fordern sie auf, sich für die Umsetzung der zwölf notwendigen Schritte einzusetzen. Viele Menschen und Gruppen arbeiten bereits aktiv auf unterschiedliche Art und Weise - auf lokaler, regionaler und globaler Ebene - an einem sozial-ökologischen Systemwandel. Dazu zählen die Solidarität mit Klima- und anderen Flüchtlingen ebenso wie die Kämpfe gegen Kohleabbau und sinnlose Megaprojekte, der Schutz von Wäldern, agrarökologisches Landwirtschaften, das Einfordern von Gleichberechtigung, das Vorantreiben von Fahrradverkehr und vieles mehr.

Denn die Klimakrise ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es mit vereinten Kräften zu bewältigen gilt. Gemeinsam wollen wir unsere Stärke nutzen und Druck aufbauen, damit die notwendigen Schritte so schnell wie möglich gemacht werden. Lasst uns den Einsatz gegen Klimawandel als Chance für Gerechtigkeit, Emanzipation und Demokratie erkennen.

Fußnoten zum Positionspapier bitte in der Onlineversion nachlesen, zu finden auf www.ftwatch.at/klima

Unterstützt mit eurer Initiative, Organisation oder eurem Verein dieses österreichweite Positionspapier und den Einsatz gegen Klimawandel und für einen Systemwandel!

- Unterschreibt das Positionspapier: Schickt den Namen eurer Initiative an info@ftwatch.at
- Informiert euch auf: www.ftwatch.at/klima
- Verbreitet die Infos über eure Websites und schaut bei der Facebook Seite vorbei: <https://www.facebook.com/systemchangenotclimatechange.A>
- Tragt euch auf dem österreichweiten Klimamobilisierungs-Verteiler ein: www.ftwatch.at/klima

